

"Das Kuschel-Europa ist von gestern" in Die Zeit (7. Oktober 2004)

Quelle: Die Zeit. 07.10.2004, Nr. 42. Hamburg.

Urheberrecht: (c) Die Zeit

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"das_kuschel_europa_ist_von_gestern"_in_die_zeit_7_oktober_2004-de-9c15d1ab-0fa1-4330-9a7e-2951fd740d72.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 18/09/2012

Das Kuschel-Europa ist von gestern

Ein Beitritt der Türkei würde die Europäische Union stärken und sie zum weltpolitischen Akteur machen

Von Günter Verheugen

Die Frage nach dem endgültigen Platz der Türkei in Europa ist eine sicherheitspolitische Frage, und zwar ganz und gar. In der Geschichte der europäischen Integration ist das nichts Ungewöhnliches. Fragen von Frieden und Sicherheit standen am Anfang des gesamten Integrationsprojekts: Die Europäische Union von heute ist die Antwort auf das von Kriegen erschütterte Europa von gestern. Mindestens drei der bisherigen fünf EU-Erweiterungsrunden sind nicht ökonomisch oder kulturell, sondern sicherheitspolitisch und strategisch bestimmt gewesen: Die Beitritte von Griechenland, von Spanien und Portugal und von acht mittel- und osteuropäischen Staaten am 1. Mai 2004. Immer ging es um die Stabilisierung junger Demokratien durch Integration – und bisher hat das Rezept funktioniert und Europa nicht nur sicherer und stabiler, sondern auch stärker gemacht.

Natürlich hat der Fall Türkei Besonderheiten. Die enge Bindung der Türkei an die EU beziehungsweise ihre Vorläufer und umgekehrt ist ein Produkt des Kalten Krieges. Die Türkei war für die Sicherheit des gesamten Westens ein strategisches Schlüsselland. Dieses Land fest in der westlichen Welt zu verankern war eine Notwendigkeit ersten Ranges. So wurde die Türkei 1963 das erste assoziierte Mitglied der damaligen EWG. Seinerzeit sicherte der deutsche Kommissionspräsident Walter Hallstein (CDU) der Türkei einen gleichberechtigten Platz am Tisch der europäischen Mächte zu. Nun ist der Kalte Krieg vorbei, wir haben eine neue Weltlage, und wiederum ist die Türkei für Europa und den gesamten Westen unverzichtbar. Schon die gegen die Osterweiterung vorgebrachten Einwände waren Ausdruck einer Denkweise, die weder den 9. November 1989 noch den 11. September 2001 in ihrer Bedeutung für die Zukunft Europas erfasst hatte. Beide Daten sind Momente, in denen weltgeschichtliche Entwicklungen sich verdichten und für alle Zeitgenossen in einem überwältigend schönen Ereignis – Fall der Berliner Mauer – und in einem überwältigend schaurigen Ereignis – Anschlag auf New York – sichtbar wurden. Wer diese beiden Daten in sein politisches Denken nicht einbezieht, landet bei einem kuscheligen Wohlfühl-Europa, aber nicht in der Realität des ersten Drittels des 21. Jahrhunderts. Die große sicherheitspolitische Frage heute heißt, ob es uns gelingen wird, das Verhältnis zwischen westlichen Demokratien und islamischer Welt konfliktfrei, gegründet auf Toleranz und Kooperation, zu gestalten, oder ob wir in eine neue, unbekannte Art von Weltkrieg geraten werden, der aus dem terroristischen Fundamentalismus erwächst.

Kanzler Schröder musste von der Beitrittsidee erst überzeugt werden

Die Türkei sieht sich in dieser Lage als das Land, das den entscheidenden Unterschied machen kann. Ein großes muslimisches Land, das demonstriert, dass Europa die islamische Welt nicht zurückweist und dass ein solches Land die europäischen Werte vollständig übernehmen und verwirklichen kann.

Europa hat ein überwältigendes Interesse an einer stabilen Türkei als dauerhaftem verlässlichen Partner. Ein Abrutschen der Türkei in einen antieuropäischen fundamentalistischen Islam würde die Sicherheit und Stabilität ganz Europas erschüttern.

In der Türkei ist die große Verwandlung eines autoritären Systems in eine moderne Demokratie und offene Gesellschaft untrennbar verbunden mit der europäischen Perspektive. Was die Türken eint, ist der Wunsch, Europäer zu sein und als gleichberechtigt anerkannt zu werden. Für dieses Ziel, und nur dafür, sind sie bereit, Reformen auf sich zu nehmen, die noch vor wenigen Jahren für unmöglich gehalten wurden.

Die Heranführung der Türkei an die EU ist eine lange Geschichte voller enttäuschter Hoffnungen auf türkischer Seite und nicht eingelöster Versprechen auf unserer Seite. Trotz Assoziierung und Zollunion, was der Türkei die privilegierteste Position verleiht, die ein Drittland gegenüber der EU jemals hatte, war die EU 1997 in Luxemburg nur bereit, die Beitrittsfähigkeit der Türkei zu bestätigen. Eine Umsetzungsstrategie bot sie nicht an. Das führte zur bisher schwersten Krise in den Beziehungen zwischen der Türkei und der EU.

Damals habe ich mich zum ersten Mal in meinem Leben mit der Türkei befasst. Noch als außenpolitischer Koordinator der SPD schlug ich 1998 vor, der Türkei die Chance zu geben, ihre Europafähigkeit zu beweisen und ihr dabei mit einer klaren Heranführungsstrategie zu helfen. Im Sommer 1998, vor seiner Reise nach Washington zum Besuch bei Präsident Clinton, konnte ich Gerhard Schröder von dieser Linie überzeugen.

Beim Gipfel in Köln im Juni 1999 versuchte Gerhard Schröder, seine europäischen Kollegen auf diesen Kurs zu bringen. Das gelang aber erst in Helsinki im Dezember 1999, nachdem die Kommission einen entsprechenden Vorschlag vorgelegt hatte. Im Dezember 2002 in Kopenhagen beschlossen die Staats- und Regierungschefs dann, vom Vorschlag der Kommission abweichend, die Verhandlungen mit der Türkei unverzüglich aufzunehmen, wenn Ende 2004 die Erfüllung der politischen Beitrittskriterien bescheinigt werden könnte. Die Türkei hatte das ganze Jahr 2002 hindurch auf das Datum gedrängt. Die Kommission hatte es strikt abgelehnt, über Daten zu reden. Meine Linie war: Erst die Hausaufgaben machen, dann kommt der nächste Schritt. Der Kopenhagener Beschluss war ein Kompromiss, der nur vor dem Hintergrund der Irak-Krise verstanden werden kann. Er schuf aber ein Problem: Alles, was nicht als klares Ja verstanden werden konnte, würde als Zurückweisung angesehen und vermutlich eine noch schwerere Krise auslösen als die von 1997.

Der Wahlsieg der AKP unter Tayyip Erdogan im November 2002 veränderte die Lage grundlegend. Bis dahin war die Türkei reformunwillig gewesen. Reformen wurden halbherzig auf dem Papier verkündet, und nur weil die EU es wollte. Jetzt kam eine Regierung an die Macht, die Demokratisierung, Liberalisierung und Modernisierung von sich aus betrieb, im eigenen Interesse der Türkei.

Das Ergebnis ist beeindruckend. Verfassung und Gesetzgebung sind in die Moderne geradezu katapultiert worden, nur einige wenige Projekte sind noch nicht abgeschlossen. Es ist eine Revolution, die, anders als die Atatürk-Revolution, von einer ganz breiten Mehrheit der Türken getragen wird. Es kann niemand überraschen, dass die praktische Umsetzung langsamer verläuft. Es gibt die üblichen bürokratischen Hemmnisse, es gibt administrative Schwächen, vor allem gibt es echte Obstruktion im autoritären und nationalistischen Teil der Bürokratie, der Justiz und der Sicherheitsorgane.

Die Kommission ist bei ihrer Beurteilung des Standes der Reformen in der Türkei nach den Prinzipien vorgegangen, die sie in den letzten Jahren erfolgreich mit zwölf anderen Staaten angewandt hat. Sie hat sich dabei wegbewegt von einer rein formalistischen Betrachtung des Rechtsrahmens und fordert immer mehr auch *good governance* ein. »Gutes Regieren« lässt sich nicht so ohne weiteres aus den Kopenhagener Kriterien herauslesen. Zu welchem Urteil kommt man, wenn der Rechtsrahmen im Großen und Ganzen in Ordnung ist, die *governance* aber insgesamt schwach? Man muss abwägen. Man muss die Reformdynamik bewerten, die Glaubwürdigkeit des gesamten Prozesses, die bisherigen Erfolge in der Umsetzung – und dann die Zukunftschancen einschätzen. Die Entscheidung der Kommission ist stark, wenn nicht entscheidend beeinflusst worden von ihren intensiven Gesprächen mit den Führern der nichtmuslimischen religiösen Gemeinschaften, der Gewerkschaften, mit Frauenorganisationen und Menschenrechtsorganisationen. Ihre Position ist übereinstimmend: Wir haben noch Probleme, aber sie werden schnell verschwinden, wenn der Reformprozess weitergeht. Sie alle plädieren für die Aufnahme von Verhandlungen.

Die Kirchenführer hatten eine besondere Botschaft für Europas Christdemokraten. Sie wehren sich dagegen, die Lage der christlichen Kirchen in der Türkei gegen die EU-Perspektive des Landes instrumentalisieren zu lassen. Ich wurde dringend gebeten, das Thema der christlichen Minderheiten mit Zurückhaltung zu behandeln. Die Patriarchen wissen, warum. Sie setzen auf Europa.

Nicht jede Remperei zwischen Polizei und Demonstranten ist Folter

Die Menschenrechtler in der Türkei und außerhalb bescheinigen dem Land große Fortschritte, auch bei der Bekämpfung der Folter. Eine einzige Organisation erhebt den sehr stark politisch motivierten Vorwurf der systematischen Folter. Sie kommt dazu aufgrund einer halsbrecherischen Gesetzesauslegung und einer Folterdefinition, die jede Remperei zwischen Polizisten und Demonstranten bereits als Folter registriert. Bei Anlegung dieses Maßstabes würde auch bei uns systematisch gefoltert. Deshalb hat Graf Lambsdorff nicht

Recht, wenn er sagt, dass ein Land, in dem unsystematisch gefoltert wird, auch nicht besser ist. Das Gegenteil von systematischer Folter ist nicht unsystematische Folter, sondern individueller Missbrauch, unter Umständen, wie in der Türkei und anderswo, weit verbreitet, aber vom Staat nicht etwa gefördert, sondern gezielt bekämpft.

Mir sind die Einwände gegen einen möglichen EU-Beitritt der Türkei wohlbekannt. Sie sei nicht europäisch genug, nicht christlich genug, zu groß, zu weit weg, zu arm, zu rückständig und überhaupt. Dazu einige Anmerkungen:

- Die Türkei ist in einem rasanten Wandel begriffen. Dieser Prozess wird sich noch beschleunigen. Die bizarre »Ehebruch-Krise« hat ja gezeigt, dass im Konfliktfall die moderne, europäische Türkei stärker ist als die traditionalistische und reaktionäre, die es auch noch gibt.
- Die kulturelle Distanz zwischen Ankara und Kopenhagen ist wesentlich kleiner als die zwischen dem Süden Italiens und dem Norden Schwedens. Die EU ist nicht auf religiösen Werten gegründet, sondern auf säkularen: Freiheit, Menschenwürde, Gerechtigkeit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit. Die Freiheit des Glaubens gehört zu den Menschenrechten. Aber keiner hat das Recht, einem Menschen vorzuschreiben, was er zu glauben hat.
- Ein strategischer Haupteinwand gegen einen möglichen EU-Beitritt der Türkei ist die »Überdehnung«. Das wurde schon gegen die Osterweiterung ins Feld geführt. Es ist richtig, dass fast alle Großreiche der Geschichte an Überdehnung gescheitert sind: Rom, Napoleons Empire, die Kolonialreiche, das Gott sei Dank kurzlebige Großdeutsche Reich, die Sowjetunion. Diesen Reichen war gemeinsam, dass sie mit Gewalt zusammengeschmiedet waren und nur mit Gewalt zusammengehalten werden konnten. Die EU ist weder in diesem noch in irgendeinem anderen Sinne ein Reich. Sie basiert auf Freiwilligkeit, Gleichberechtigung und Demokratie. Sie kann sich nicht überdehnen, weil sie keinerlei Ressourcen braucht, um ihr Territorium zu behaupten. Erweiterung der EU ist nicht Überdehnung, sondern Ausdehnung des Raums, in dem unsere gemeinsamen europäischen Werte Geltung haben.
- Wie ein Beitrittsvertrag mit der Türkei letztlich aussehen würde, ist völlig offen. Der Angst vor ungesteuerter Zuwanderung kann leicht dadurch begegnet werden, dass die Mitgliedsländer das Recht behalten, die Zuwanderung aus der Türkei auch nach dem Beitritt jederzeit regulieren zu dürfen. Auch bei den Kosten gibt es keine Automatik. Im Beitrittsvertrag können für die großen Kostenblöcke – Landwirtschaft und Strukturfonds – spezifische Regelungen vorgesehen werden, die den Netto-Transfer aus dem Gemeinschaftshaushalt in die Türkei begrenzen. Die Türkei wird keinen Euro mehr kosten, als die EU-Mitglieder für dieses Projekt zahlen können und wollen.

Ich habe darauf hingewiesen, dass Beitrittsverhandlungen nicht automatisch zum Erfolg führen. Es gibt keine Garantie, auch deshalb nicht, weil ein Beitritt der Türkei sowohl vom Europaparlament als auch von allen nationalen Parlamenten gebilligt werden muss. Insofern hat der Prozess ein offenes Ende. Aber ich muss klarstellen: Es geht um die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen, es stehen in den Verhandlungen nicht zwei Optionen zur Wahl. Wenn eine Alternative mittelfristig gebraucht werden sollte, weil die Verhältnisse sich entweder in der EU oder in der Türkei so verändern, dass das Projekt politisch nicht mehr realistisch ist, dann muss man darüber nachdenken. Die Alternative »Privilegierte Partnerschaft« allerdings ist nur eine Worthülse. Sie wird nie inhaltlich beschrieben. Alles, was man der Türkei noch anbieten könnte und was über den Status hinausgeht, den Ankara heute schon hat, wird ja von den Befürwortern der privilegierten Partnerschaft abgelehnt.

Der Weg der Türkei in die EU wird noch lang und schwierig sein. Wenn er gelingt, wird Europa starke politische und wirtschaftliche Vorteile davontragen. Europa wird sich aber auch nach der eigenen Reformfähigkeit fragen lassen müssen, speziell im Hinblick auf die Agrar- und Strukturpolitik, die so viele Kosten verursachen. Politiken, die das Kostenproblem aufwerfen. Und letztlich: Spätestens mit dem Beitritt der Türkei würde die EU ein weltpolitischer Akteur werden. Sie käme nicht mehr ohne eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik aus, die den Namen auch verdient.

Günter Verheugen ist der Erweiterungskommissar der EU und hat ihre Ausdehnung um zehn Länder zum Mai 2004 maßgeblich begleitet. Seit 1999 bereist und prüft er die Türkei. Im kommenden November übernimmt er den Posten des Industriekommissars der EU.